

Aus der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe editorielle Betrachtung.

Die Lehren des Schwedischen Streiks.

Aus Stockholm wird geschrieben: Die Regierung hat jetzt den offiziellen Bericht des großen Streiks von 1909 herausgegeben, eine besonders interessante Ausarbeitung, die wegen der allgemein sozialen Lehren, die sie bietet, auch außerhalb Schwedens Grenzen bekannt zu werden verdient. Es ist ein allgemeiner Bericht über die Ursachen, das Entstehen und den Verlauf des großen Streiks, die Maßregeln der Behörden und statistische Aufstellungen den Streit betreffend, dann ein Protokoll über die öffentliche Vermittlung in dem Kampf sammt Dokumenten, die das Eingreifen der Parteien u. Behörden und deren Auffassung, Motive und Handlungsweise beleuchten. Einige Thatsachen aus dem circa 1000 Seiten starken Band seien mitgeteilt. Die Landesorganisation bestand Anfang 1909 aus 2172 Abteilungen mit 162,321 Mitgliedern und einem Einkommen von nahezu 5 Millionen Kronen. Mit derselben steht in Verbindung der Schwedische Eisenbahnerverband mit 25,638 und der Schwedische Typographenverband mit 5784 Mitgliedern. Außer den sozialistischen Hochvereinen, die aus 200,000 Mitgliedern bestehen dürften, existiert noch der Schwedische Arbeiterverband. Die Gesamtsumme der fachlich organisierten Arbeiter betrug also circa 215,000 oder beinahe 50 Prozent der von der Organisationsbewegung am stärksten berührten Gewerbebranchen. Der Schwedische Arbeitgeberverband andererseits bestand Mitte 1909 aus 1423 Arbeitgebern und 163,080 Arbeitern und einem Vermögen von über 17 1/2 Millionen Kronen. Schwedens Werksattverein hatte beim Jahreschluss 162 Mitglieder mit 24,488 Jahresarbeiten, der zentrale Arbeitgeberverband circa 2000 Arbeitgeber, die 40 bis 45,000 Arbeiter beschäftigten. Hierzu kommen einige andere Arbeitgebervereine, über die Bericht erstattet wird. Dann wird über die frühere Politik und Differenzen berichtet und die Streitfragen werden näher beleuchtet. Darauf kommt ein ausführlicher Bericht über die Aussperungsproklamation, das Inkrafttreten der Aussperung und die Verläufe des Vermittlungsausschusses einer friedlichen Lösung. Dann endlich der große Streik. Die Landesorganisation war es, die durch ihre Vertretung und das Landessekretariat, das aus vielen lokalen Vereinen bestehende Streitkomitee leitete. Den Verbänden war jeder unmittelbare Einfluss auf die Leitung des Kampfes genommen. Die verhältnismäßig wenigen Mitglieder, die laut gegebener Order bei der Arbeit bleiben konnten, mußten eine Extra-Abgabe von 2 bis 4 Kronen pro Woche erlegen. Andererseits hörte jede Unterstützung auf, also nicht nur für Mitglieder, sondern nach einem Beschluß am Streit teilnehmenden Fachvereine, sondern auch für die von der Aussperung betroffenen Arbeiter, die bis dahin statutenmäßige Unterstützung genossen hatten. Dann folgt der Bericht über den Verlauf des großen Streiks, die Polizeimaßregeln, das Spritverbot, den Straßenbahnen- und den Inpoststreik, der gänzlich mißlang. Die letzte Leitung des Streiks wurde von dem Streit-Ausschuß befehligt, dessen Gesamteinkommen bis zum 31. Oktober 1 1/2 Millionen Kronen betrug, davon 1,267,760 Kronen von der Landesorganisation. Nach den mitgeteilten Angaben einer Anzahl Ausschüsse dürfte man rechnen können, daß sämtliche Ausschüsse aus circa 4500 Mitgliedern bestanden und circa 7000 Sitzungen abgehalten wurden. Beim Inkrafttreten der Aussperung am 2. August wurden circa 72,000 Arbeiter bei 400 Arbeitgebern arbeitslos. Ungefähr am 20. August, als allerdings ein kleiner Teil der Arbeiter schon zur Arbeit zurückgekehrt war, aber die Hauptzahl noch streikte und der Konflikt im ganzen Lande herrschte, war die Gesamtzahl der Streikenden 275,000 Arbeiter, d. h. 5 Prozent der Bevölkerungszahl. Darnach wird die rationale Haltung des großen Streiks geschildert; wie sie dann im Lande verläuft und die wiederholten Vermittlungsversuche. Noch im Mai seien die großen Streitfragen weder formell abgeschlossen, noch hätten sie zu definitiven Ausleihungen geführt. Der Frieden auf dem Arbeitsmarkt scheint nicht länger gefährdet, als es im eigenen Interesse der Parteien liegt, ihn zu bewahren. Aber beide Parteien sind durch den Kampf so schwer geschädigt worden, daß die Organisationen den Frieden jetzt noch wünschenswerter als früher finden.

Anlagen für elektrische Beleuchtung und Kraft.

Es gibt wohl kaum ein Gebiet unseres öffentlichen Lebens, auf dem sich die Fortschritte der Elektrizität in so hohem Maße geltend machen, als das der Beleuchtung und der Kraft. 4714 Anlagen für elektrische Beleuchtung und Kraft führt der letzte Jahresbericht unserer Landes. Und das sind architektonische Anlagen, die ein hübsches Stückchen Geld gekostet haben, nämlich \$1,080,913,622 für Bauten und Einrichtung. Eine hübsche Zahl,

zu der die übrigen Zahlen des Geschäftsbetriebes in einem entsprechenden Verhältnis stehen. Vor allen Dingen, was ja bei solchen Unternehmen das wichtigste ist, brachten sie einen Verdienst von \$175,642,338, wovon \$169,614,691 für elektrische Bedienung einschließlich \$125,755,114 für Beleuchtung kamen. Die Betriebskosten betragen \$106,205,149; angestellte Beamte waren 12,960 in Dienst mit einem Gesamtgehalt von \$11,733,787; 34,642 Arbeiter mit einem Lohn von \$23,686,537. Ferner waren 10,150 Kraftmaschinen mit einer Gesamt-Pferdekraft von 4,032,365, Dynamomaschinen mit einer Leistungskraft von 2,709,225 Kilowatt, deren Ausbeute sich in Kilowattstunden auf 5,862,276,737 belief, in Betrieb. An Lampen standen im Dienste 555,731 Bogenlampen, 41,445,997 Glühlampen und noch 162,338 Lampen verschiedener Sorten.

Diese Zahlen beziehen sich auf sämtliche Licht- u. Kraftanlagen, sowohl die geschäftlichen wie die häuslichen, aber kommerziellen und municipalen, wie der Bericht die von Privatgesellschaften und die von städtischen Verwaltungen geleiteten Betriebe unterscheidet. Natürlich sind die geschäftlichen Betriebe in der überwiegenden Mehrzahl. Was die Zunahme des elektrischen Beleuchtungs- und Kraftbetriebes in der Zeit von 1902 bis 1907 betrifft, so beträgt sie in Prozenten ausgedrückt: 30.2 in der Gesamtzahl der Anlagen; 117.3 an Bau- und Ausstattungskosten; 104.9 in der Einnahme; 91.5 in den Gesamtausgaben; 35.6 in der Zahl der Kraftmaschinen und 120.3 in deren Pferdekraft; 123.5 in der Kilowatt-Pferdekraft der Dynamomaschinen; 138.8 in der Leistung der Anlagen nach Kilowattstunden; 44.1 in der Zahl der Bogenlampen und 127.8 in der Zahl der Glühlampen.

Besondere statistische Berichte liegen über die elektrischen Betriebsanlagen in 34 der bedeutendsten Städte vor. Diese 34 Städte hatten 75 Anlagen in 1907, gegen 70 in 1902, und zwar standen davon 61 unter Leitung von Gesellschaften und 14 unter städtischer Leitung. In 1902 gab es noch eine unter privater Leitung, aber die ist inzwischen eingegangen. Ueber die Einnahmen dieser 75 Anlagen findet sich auch manches Bemerkenswerte, wie z. B. Einnahmen aus dem Betriebe elektrischer Straßenbahnen im Betrage von \$1,960,551; aus dem Verkauf von Elektrizität an andere Gesellschaften \$779,728; für Heizung, Kochen u. dergl. \$117,560; für Verleugung von Automobilen mit Elektrizität \$135,121.

Und so geht es weiter mit großen und größeren Zahlen und Pferdekraft und Kilowattstunden und Prozenten und Vergleichen, daß einem ein Gefühl überkommt, als trabelte eine Linnege Hakenwürmer vor einem auf dem Papier herum und man unwillkürlich an den armen Schüler in Goethes „Faust“ denkt, der unter dem Einbrunde des Gelehrsamkeitswahnwitz, mit dem ihn Mephisto überschüttet, sich zu dem freimüthigen Geständnis bequemt:

„Wie wird von alledem so dumm,
Wie ging mit ein Wälzrad im Kopfe herum“
(Westl. Post.)

Porto Rico.

Den Portoritanern scheint es besonders zu sein, die ersten Volksträger aus unseren Kolonien zu werden. Die im Hause angenommene Bill des Repräsentanten Ulmstead wird, wenn der Senat zustimmt, was freilich in dieser Session nicht mehr stattfinden kann, der erste Schritt dazu sein. Diefelbe gibt der Inselbevölkerung das amerikanische Bürgerrecht und eine parlamentarische Vertretung, deren beide Häuser aus Volkswahl hervorgegangen sein werden. Der Senat wird anfangs noch aus ernannten Mitgliedern zusammengesetzt sein, nämlich aus dem Chef der verschiedenen Verwaltungszweige, aber mit jeder kommenden Wahl wird ein gewählter Senator einen dieser Chefs erlegen, so daß im Laufe von sieben Jahren der Senat nur noch gewählte Mitglieder aufweisen wird. Inzwischen werden nach und nach die neu eingetretenen Senatoren die Mehrheit bilden. Das Wahlrecht wird durch Bildungs- und Besitzbedingungen beschränkt, wodurch die Zahl der berechtigten Stimmgeber eine wesentliche Verminderung gegen jetzt erfahren wird; auch ist vorgeschrieben, daß die Vertreter der Wahlbezirke in denselben aktuell anständig sein müssen. Die Mitglieder des Hauses sind von Anfang an durch Volkswahl bestimmt zu werden, in Ermangelung geeigneter Beschränkungen ist es aber bisher einigen Führern leicht gewesen, die benötigte Stimmzahl um sich zu verlammen.

Wird die Ulmstead Bill angenommen, so kann sich Porto Rico einer Regierungsform nach amerikanischem Muster rühmen. Ueberhaupt hat sich die Bevölkerung über Mangel an Entschlossenheit nicht zu beklagen; es ist ihr ein Jugendschicksal nach dem anderen gemacht worden. Die Insel befindet sich erst seit zehn Jahren im Besitz der Ver. Staaten. Nach dem Ende des Krieges und dem Pariser Vertrag hatte sie anfangs eine rein militärische Verwaltung. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ver. Staaten wurden

zunächst durch ein temporäres Tarifabkommen bestimmt, an dessen Stelle bald darauf absoluter Freihandel trat. Danach erhielt die Insel Zivilregierung und nach und nach andere Zugeständnisse. So die Eröffnung des Unterkaufes durch Abstimmung von Seiten der eingeborenen männlichen Bevölkerung, die Ausdehnung unserer Küstenschiffahrts-Gesetze auf die Insel und vor wenigen Jahren die Umwandlung der lokalen Gendarmerie in ein besonderes Korps der Bundesarmee. In der ersten wollten die jungen Portoritaner von Rang und Bedeutung nur als Offiziere dienen, und in dem Korps konnten sie die Stellung nicht wohl einnehmen, so lange sie nicht amerikanische Bürger sind. Mit der Ulmstead-Bill wird dem abgeholfen sein. Aus ähnlichen Rücksichten hat der Kongreß die Stellung eines portoritanischen Residenten in Washington in eines Delegates des Territoriums in dem abgewandelt, der ebenso wie der Philippinen-Kommissär im Hause des Kongresses Sitz und Recht der Teilnahme an den Debatten hat, nur nicht mitstimmen darf.

So nähert sich nach und nach Porto Rico dem Status eines Bundesstaates, wie das selbst von den Expansionsrissen der McKinley-Zeit nicht beabsichtigt war. Die Imperialisten wollten ein Kolonialreich gründen, von dem sie an den Philippinen heute ein wenig erfreuliches Musterstück haben; die Gegner der McKinley-Politik warnten vor deren uferlosen Folgen. Nun sind wir so weit, daß Porto Rico mit gewissem Anspruch auf Berechtigung an der Pforte der Union anknüpfen darf. Die Aussicht ist jedoch, daß es mindestens ebenso lange sich in der Anwartschaft zu gebulden hat, wie dies die nun zugewiesenen Territorien Arizona und New Mexiko mußten.

Reichs- und Staatsschulden.

Die gesamten Schulden des Reiches haben nach den Zusammenstellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes zu Beginn des letztverflossenen Rechnungsjahres 4253.5 Millionen Mark, die der Bundesstaaten 14,280.6 Millionen Mark betragen. Davon waren fundierte Schulden im Reich 3893.5, in den Bundesstaaten 13,679.5, zusammen 17,573 Millionen, schwappende Schulden im Reich 360, in den Bundesstaaten 601.1, zusammen 961.1 Millionen. Der weitaus größte Teil der fundierten Staatsschulden besteht in Eisenbahnschulden, denen ein wertvolles Vermögen in entsprechender Höhe gegenübersteht. Sondern man die Eisenbahnschulden aus, so verbleiben von den rund 13.7 Milliarden der Bundesstaaten nur 3.3 Milliarden reine Staatsschulden, von denen aber mindestens eine halbe Milliarde durch den Bau von Werkesanlagen in den Hansastädten, die wieder Einnahmen abwerfen, entstanden sind. Der Durchschnittssatz an einzelstaatlichen Schulden sinkt dann pro Kopf von 225 Mark auf 54 Mark. Die scheinbar hohe Verschuldung der Bundesstaaten ist also in Wirklichkeit nicht so bedeutend, da gerade bei den Staaten, welche die höchsten Kopfquoten an Staatsschulden aufweisen, der weitaus größte Teil der Schulden durch den Erwerb und den Ausbau der Eisenbahnen entstanden ist. Im allgemeinen gehen die Reinerträge der einzelstaatlichen Erwerbszweige über den Bedarf für die Schulden hinaus, und das Schuldkapital wird durch den Wert des Staatsvermögens reichlich gedeckt.

Preußen hat eine fundierte Staatsschuld von 2255.1 Millionen oder von 226 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Davon entfallen auf Eisenbahnschulden 6543 Millionen, während das Anlagekapital der Eisenbahnen auf 10,368.5 Millionen sich beläuft. In Bayern beträgt die fundierte Staatsschuld 1794.8 Millionen (gleich 275 Mark pro Kopf), woran die Eisenbahnschulden mit 1513.4 Millionen beteiligt sind. Das Anlagekapital der bayerischen Staats-eisenbahnen beträgt 1759.7 Millionen. Nach Abzug der Eisenbahnschulden verbleiben an fundierter Staatsschuld in Preußen pro Kopf der Bevölkerung 46 Mark, in Bayern 43, in Sachsen 30, Württemberg 10, Baden 63, Hessen 64 Mark. Die fundierten Schulden des Reiches betragen 3893.5 Millionen Mark. Davon kommen allerdings nur 276.1 Millionen Mark auf Eisenbahnschulden, so daß 3617.4 Millionen oder pro Kopf rund 60 Mark verbleiben. Das Anlagekapital der Reichseisenbahnen beträgt 794.6 Millionen. Die fundierten Schulden des Reiches und der Bundesstaaten zusammen machen auf den Kopf der Bevölkerung rund 290 Mark, nach Abzug der Reichseisenbahnschulden aber nur 114 Mark aus. Seit 1903 sind sie um 1160, in den Bundesstaaten um 1949, zusammen um 3109 Millionen. Da dieser Zunahme, wenigstens in den Bundesstaaten, zum größten Teil eine Vermehrung des Staatsvermögens entspricht, so ist sie weiter nicht bedenklich. In Preußen hat sich die fundierte Staatsschuld seit 1903 um 1198 Millionen vermehrt, in Bayern um 334, in Württemberg um 65, in Baden um 85, in Hessen um 97 Millionen. Die schwappenden Schulden verteilen sich auf das Reich und zwölf Bundesstaaten. Den Hauptanteil daran hat Preußen mit 545 Millionen. Seit 1903 ist die schwappende Schuld im Reich um 280,

in den Bundesstaaten um 554.9, zusammen um 834.9 Millionen gewachsen.

Ordens-Versicherung.

Die sogenannten „brüderlichen“ Geselligkeits- u. Lebensversicherungs-Gesellschaften zählen ihre Mitglieder nach Zehntausenden, ihre Versicherungen belaufen sich auf über neuntausend Millionen. Sie repräsentieren somit einen wirtschaftlichen Faktor von ganz außerordentlicher Bedeutung. Und doch hat sich bisher staatliche Fürsorge kaum damit beschäftigt. Wie ein wildes Gewächs sind sie aufgeschossen, haben sich mächtig ausgebreitet und, weil der Gärtner fehlte, auch viele Triebe gezeitigt, die niemandem zunutze waren. Rasenhaft sind die Verluste, die durch unzuverlässige Gesellschaften verursacht worden sind. Millionen von Dollars sind in die Luft verpufft worden, in denen die schwer erworbenen Ersparnisse des kleinen Mannes verlorpört waren. Und, weil dieser gewohnt ist, alle Wadenschläge des Schicksals als nahezu selbstverständlich hinzunehmen, hat kein Hahn danach gekräht, kein Staatsanwalt sich der Opfer dieser Zufallslotterie angenommen, die zum Teil absichtlich von gewissenlosen Spekulanten ins Leben gerufen waren, zum anderen von ehrlich meinenden Leuten gegründet wurden, die auf dem Affektionsprinzip ihre Pläne aufbauten und nicht darauf rechneten, daß junge Mitglieder alt werden und diesen sich neue selten zugesellen wollen, so daß mit der Länge der Zeit ein Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben unvermeidlich ist.

Die Ordens-Versicherungen haben eine schwere Prüfungszeit durchgemacht. Ihr Ursprung war verständlich, weil die regulären Versicherungsgesellschaften, wie sie noch vor etwa fünfzig Jahren organisiert waren, auch keine absolute Sicherheit boten und der „kleine Mann“ lieber seines Gleichen traut als Korporationen, über deren Leitung und Verwaltung er kein eigenes Urteil haben kann. Daß viele reguläre Gesellschaften vertrachten, gab den Brüderlichen die Existenzberechtigung. Und daß viele auf falscher Berechnung basierten, war die Ursache der Fehlschläge. Jetzt ist das anders. Die Mehrzahl der „Fraternalis“ hat sich durch eigene bittere Erfahrung zu einer gewissen Sicherheitsbasis durchgerungen, so daß der Eintritt in solche nicht mehr bloßes Glücksspiel ist, bei dem derjenige die besten Aussichten hat, der am frühesten stirbt, sondern eine vernünftige Berechnung des Schlupfertrages, der sich aus den jährlich, resp. monatlich bezahlten Beiträgen ergeben muß, und als Zufallsfaktor, wie bei allen Lebensversicherungen, nur das früher oder später eintretende Ableben in Betracht kommt.

Nun, nachdem die Ordens-Versicherungen die Rinderschule ausgetreten haben, nimmt auch der Staat Notiz von ihnen. Auf der letzter in New York abgehaltenen Jahresversammlung der „National Association of Insurance Commission“ ist ein Gesetzentwurf zur Beratung gekommen, der, wie das jetzt vernünftigerweise mit gemeinnützigen Maßregeln geschieht, den Legislaturen aller Staaten unterbreitet werden wird. Die Bestimmungen desselben sind: Die Gesellschaften haben jährlich Ausweis über Zahlungsverpflichtungen und Einnahmen zu liefern, sowohl um die Zahlungsfähigkeit öffentlich zu dokumentieren, wie den Mitgliedern genauen Einblick in die Geschäftslage zu geben. Der Ausweis soll vom 1. Januar 1912 an beginnen. Dieser ist zunächst dem Staats-Versicherungsdepartement vorzulegen. In jedem dritten Jahre ist ein neuer Ausweis erforderlich. Zeigt derselbe einen Fehlbetrag, so hat die Gesellschaft mindestens fünf Prozent während jeder dreijährigen Periode dafür aufzubringen. Tut sie das nicht, so ist der Versicherungsausschuß des Staates berechtigt, die Geschäfte der Gesellschaft zum Abschluß zu bringen und sie aufzulösen. Neue Gesellschaften dürfen nicht organisiert werden, außer sie haben in ihren Statuten für genügende Beiträge gesorgt, die den Raten der Sterblichkeitsstabellen brüderlicher Versicherungsgesellschaften entsprechen.

Die Einzelheiten des Entwurfs wird man wohl am besten den Sachverständigen des Entwicklungsweßens überlassen müssen. Die Hauptfrage ist, daß die staatliche Aufsicht zur Geltung kommt, die schwindelhafte oder auf Unkenntnis des Geschäftes beruhende Unternehmungen nicht aufkommen läßt.

In Nr. 134 des Steglitzer Anzeigers findet sich folgende Anzeige: „Lohnig 4-Zimmerwohnung mit Gärtchen in Steglitz oder Umgegend zum 1. Oktober gesucht.“ Der moderne Diogenes begnügt sich natürlich nicht mit einem einzigen Tüchlein, wie der alte Diogenes, er verlangt mehr Komfort. * * * * * Rita von Montenegro will also wirklich König sein. Wer sollte ihn nicht das Vergnügen von Dergeln gönnen? * * * * * Man kann jetzt ein Aeroptan für \$1200 kaufen, doch mit \$1200 in der Tasche ist man besser und höherer als mit einer Flugmaschine in der Luft, wenigstens vorläufig noch.

Henry's Platz.
Henry Grohmann, Eigentümer.
Liefere Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Getränke und Cigarren. Das berühmte **Storz Bier** stets an Zapf. Es bittet freundlichst um geneigten Zuspruch **Henry Grohmann.**

Citizens State Bank.
Kapital \$20,000.00 • Ueberschuß \$15,000.00
Ist ausschließlich von Knox County Renten geeignet und betrieben.
Kann irgendetwas im Bankwesen verrichten. Macht hier den Versuch.
Wir machen Farm-Anleihen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

Saunders-Westrand Co.
früher Westrand & Sons Elevator.
Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und ersucht den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebote auf seine Verkaufsprodukte zu machen.
Nick Paper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,
Deutscher Land-Agent.
Ich kaufe und verkaufe Land in Nebraska, Nord- und Süd-Dakota und der Ban-Guide-Geogeb, Texas. Lasset mich eure Farmen zum Verkauf übernehmen.
Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.
Sprecht vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fache wünscht.
Martin C. Peters.
Bloomfield, Knox County, Nebraska.

C. R. Sumner
hat von Isaac Dowty die **City Dray Line** erworben und empfiehlt dem Publikum als Fuhrmann.
Drei Wagen stets bereit, eure Wünsche zu besorgen.
C. R. Sumner.

Bloomfield Germania
ist unter dem Deuschthum Knox Countys wohl verbreitet und lohnt es sich, dieses Wochenblatt für Anzeigen zu benutzen.
Accidenz-Arbeiten werden prompt und geschmackvoll ausgeführt.
Man adressire **Die Germania, Bloomfield, Nebr.**

Achtung, Farmer!
Die vorzüglichsten Produkte der Columbia Hog & Cattle Powder Co. sind bei mir vorräthig. Nicht den bewährten Mittel für die Bereinigung von Viehtränken verlaufe ich auch das „Tip“ abzurufen.
Tiefe Produkte sind auch in Jas. Strahmann's Saloon vorräthig.
Henry Hohnholt,
4 Meilen nördlich und 3 Meilen westlich von Bloomfield.

The City Meat Market
Eduw. Volpp, Eigentümer.
Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Schinken, Wurst, Kuchern, frische und geräucherter Fische und viele andere Zubehöre, welche eine Mahlzeit vollkommen machen.